

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport**

#### **zu der Mitteilung der Landesregierung**

**vom 11. September 2024**

**– Drucksache 17/7447**

#### **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Qualität der Schulabschlüsse erhalten**

##### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 11. September 2024 – Drucksache 17/7447 – Kenntnis zu nehmen.

17.10.2024

Der Berichterstatter:

Dr. Stefan Fulst-Blei

Die Vorsitzende:

Petra Häffner

##### Bericht

Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beriet die Mitteilung Drucksache 17/7447 in seiner 31. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 17. Oktober 2024.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport trug vor, seit 2012 berichte das Ministerium regelmäßig über die Qualität der Schulabschlüsse.

Die Prüfungsergebnisse zur Hauptschulabschlussprüfung 2024 seien planmäßig gewesen. Während sich in Deutsch und Englisch die Ergebnisse auf Vorjahresniveau bewegten, zeige sich in Mathematik teilweise eine negative Tendenz. Wie sie auch schon in der Debatte zu dem Antrag zur Beschaffenheit der Abituraufgaben im Fach Mathematik in der 105. Plenarsitzung am 10. Oktober 2024 mitgeteilt habe, werde die Aufgabe im Bereich Mathematik durchaus gesehen.

Auch bei den Werkrealschulabschlussprüfungen bewegten sich die Ergebnisse in Deutsch, Englisch und den Wahlpflichtfächern auf Vorjahresniveau, während sich in Mathematik eine negative Tendenz abzeichne.

Bei den Realschulabschlussprüfungen lägen die Ergebnisse in Deutsch, Englisch sowie den Wahlpflichtfächern Französisch und Technik auf Vorjahresniveau.

Ausgegeben: 24.10.2024

**1**

Im Fach Englisch sei sowohl an den Gemeinschaftsschulen als auch an den Realschulen eine positive Tendenz festzustellen. Da fielen die Endnoten tendenziell besser aus. Im Bereich Mathematik bleibe es aber bei einer negativen Tendenz.

Die Nichtbestehensquoten seien mit denen des Vorjahres vergleichbar. Lediglich beim Hauptschulabschluss in Klasse 10 gebe es eine leichte Besserung.

Auch die Abiturdurchschnittsnote bewege sich auf Vorjahresniveau. In einem Fall liege die Nichtbestehensquote an einer Gemeinschaftsschule bei 8 %. Da es an Gemeinschaftsschulen bisher wenige Abiturabschlüsse gebe, schlage sich dieser Ausreißer deutlich in der Statistik nieder. Daraus resultiere eine Quote, die nicht akzeptabel sei. Das Ministerium werde in diesem Fall mit der Schule Kontakt aufnehmen und über die Weiterentwicklung sprechen. Ansonsten bewege sich auch bei den Abiturabschlussprüfungen alles auf Vorjahresniveau.

Auch im beruflichen Bereich sei die Durchschnittsnote mit der der Vorjahre vergleichbar. Die Nichtbestehensquote liege noch nicht vor. Es werde aber davon ausgegangen, dass sie etwas höher als im Vorjahr ausfalle.

Deutschlandweit werde festgestellt, dass die Mathematikkenntnisse und somit auch die Mathematiknoten schlechter würden. Baden-Württemberg gehe das zum einen mit einer Stärkung der Basiskompetenzen in der Grundschule an, zum anderen aber auch mit dem Reformpaket, das gerade im Hinblick auf den Mathematikunterricht an den Sekundarstufen und den Gymnasien auf den Weg gebracht werde.

Doch brauche es noch weitere Angebote. Das von der Kultusministerkonferenz geförderte Programm „QuaMath“ ziele darauf ab, Lehrkräfte im Bereich Mathematik fortzubilden und zu qualifizieren. Dem Ministerium werde immer wieder rückgemeldet, dass im Bereich Mathematik die Adaptivität, das Einbeziehen der Lernumgebung von Schülerinnen und Schülern, ganz wesentlich sei.

So habe beispielsweise der Direktor des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik und Studienleiter des MINT Nachwuchsbarometers auf der Kultusministerkonferenz Hinweise gegeben, wo im Bereich Mathematik angesetzt werden sollte. Das betreffe oftmals die Anwendungsfähigkeit, die Adaption in den Alltag. Da werde das Ministerium mit den Schulen noch über systematische Fördermöglichkeiten und Statusgespräche sprechen, um herauszufinden, wie der Bereich Mathematik gestärkt werden könne. Mit diesem qualitativen Auftrag beschäftige sich aber nicht nur das Kultusministerium von Baden-Württemberg, sondern die Kultusministerkonferenz insgesamt.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE brachte vor, es sei der Berichterstattung anzumerken, dass der Auftrag dazu aus dem Jahr 2012 stamme, auch wenn die Staatssekretärin jetzt sowohl die Befunde als auch die weiterführenden abzuleitenden Konsequenzen dargestellt habe, was sehr zu begrüßen sei.

Es sei klar, dass die Noten wesentlich seien; sie sagten aber nichts darüber aus, wie was geprüft worden sei und welche Skills außerhalb des Abgefragten vermittelt worden seien. Da seien die KMK-Papiere – die Staatssekretärin habe auf eines hingewiesen – sehr richtungsweisend und signifikant im Hinblick auf das Lernen im fortgeschrittenen 21. Jahrhundert. Das sei von der Staatssekretärin am Beispiel Mathematik ausgeführt worden. Das sei durchaus eine weitergehende Aufgabe. Allein die Ergebnisse lägen noch nicht nahe, welche Schlussfolgerungen zu ziehen seien. Vielmehr müsse das genauer in den Blick genommen werden. Im Bereich Mathematik gebe es die Rückmeldung einer Gleichzeitigkeit von quantitativer Überforderung und Langeweile. Das sei Deutschland insgesamt ins Stammbuch geschrieben worden. Genau an dieser Stelle gebe es eine entsprechende Entwicklungsaufgabe, wenn verglichen werde, was anderswo auf der Welt gemacht werde, um wirklich anhaltende Begeisterung für Mathematik zu wecken, die auch zu tief verankertem Lernen führe. Einiges gehe da strukturell in Richtung Verbesserung, auch im Rahmen des Bildungspakets. Da sei einiges auf einen guten Weg gebracht worden. Entscheidend sei aber, dass die Indikatoren aus dem jetzigen Bericht auch richtig interpretiert und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus gezogen würden. Daher danke er für den Bericht.

Ein Abgeordneter der CDU-Fraktion dankte ebenfalls für den Bericht und meinte, da gebe es Licht und Schatten, zum Glück aber etwas mehr Licht als Schatten.

Hinsichtlich der Nichtbestehensquote beim Abitur interessiere ihn, ob diese noch im Bereich der normalen Schwankung liege.

Im Übrigen bat er um Auskunft, ob das Programm „Lernen mit Rückenwind“ auch gezielt in der Oberstufe zur Abiturvorbereitung eingesetzt werden könne.

Ein Abgeordneter der SPD-Fraktion hielt die Nichtbestehensquote an Gymnasien mit einer Steigerung um 30 % für auffallend hoch.

Er wollte wissen, ob das Kultusministerium eine Übersicht über das freiwillige Durchfallenlassen am Ende des ersten Kursstufenjahrs habe, was bisweilen wohl in einer beachtlichen Größenordnung gemacht werde. Es sei zu vermuten, dass sich das nicht im Bericht niedergeschlagen habe. Daher interessiere ihn, ob dem Ministerium darüber prinzipiell Erkenntnisse vorlägen.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP-Fraktion hielt es für bemerkenswert, dass ein Bericht der Landesregierung mit dem Titel „Qualität der Schulabschlüsse erhalten“ lediglich auf einer Seite abgehandelt werde, zumal es in Baden-Württemberg bekanntermaßen ein erhebliches Qualitätsproblem gebe. Er hätte damit gerechnet, dass die Landesregierung auf zehn bis 20 Seiten all die Anstrengungen aufführe, die unternommen würden, um die Qualität der Schulabschlüsse zu erhalten. Das betreffe zunächst die Quantität der Mitteilung.

Doch auch die Qualität sei zu kritisieren. Laut Landtagsbeschluss werde die Landesregierung ersucht, eine mindestens gleichbleibende Qualität der Aufgaben in den schulischen Abschlussprüfungen zu erhalten. Im Bericht der Landesregierung gehe es jedoch nicht um die Qualität der Aufgaben. Die Abschlussnoten sagten nichts über die Qualität der Aufgaben aus. Vor diesem Hintergrund könnte auf diesen Bericht auch verzichtet werden. Aus ihm werde nicht ersichtlich, wie es um die Qualität der Aufgaben an baden-württembergischen Schulen stehe.

In drei dürren Zeilen werde darauf hingewiesen, dass sowohl das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) als auch das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) zahlreiche Instrumente und Unterstützungsmaßnahmen bereitstellten, um die Qualität der Schulabschlüsse zu erhalten. Genau darum wäre es ihm gegangen: dass dargelegt werde, welche Maßnahmen die beiden Institute unternähmen, um die Qualität zu erhalten. Dann wäre es auch möglich gewesen, sich ein Bild zu machen, ob durch diese Maßnahmen die Qualität in irgendeiner Form erhalten werde. Aus dem vorliegenden Bericht seien jedoch keine Schlussfolgerungen zur weiteren Entwicklung der Qualität möglich. Auf die Qualität der Aufgaben – darum gehe es im Landtagsbeschluss – sei überhaupt nicht eingegangen worden. Der Bericht der Landesregierung beziehe sich nicht auf den Beschluss des Landtags.

Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion äußerte, es gehe darum, Qualität zu erhalten. Da stelle sich die Frage, ob etwas erhalten werden könne, was gar nicht vorhanden sei. Die Betriebe, Handwerkskammern und Innungen klagten überwiegend darüber, dass die Zeugnisse nicht mehr aussagekräftig seien, dass Schüler mit guten Noten nicht so ausbildungsfähig seien, wie es die Noten eigentlich erwarten ließen. Nicht wenige Professoren klagten darüber, dass Abiturienten, die an einer Hochschule ein Studium aufnahmen, nicht die Voraussetzungen mitbrächten, wie das noch vor einigen Jahren der Fall gewesen sei.

Ihn interessiere, ob in der Nichtbestehensquote beim Abitur von 3,6 % auch die nicht zugelassenen Schüler berücksichtigt seien. Einige Schüler würden zum schriftlichen Abitur gar nicht zugelassen, weil sie dies nicht wollten oder weil sie in einem Kurs zu wenige Punkte erzielt hätten.

Dass die Nichtbestehensquote beim Hauptschulabschluss steige, spiegle auch ein Stück weit wider, dass die Ausbildungsbetriebe mit der derzeitigen Situation nicht mehr zurechtkämen.

Ausweislich der Mitteilung Drucksache 17/7447 seien neue Prüfungsformate und neue Schwerpunktthemen eingeführt worden. Hierzu erbitte er konkretere Angaben.

Eine Abgeordnete der SPD-Fraktion wies darauf hin, es sei sehr wichtig, auch die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler einzubeziehen. Während 2022 vielfach darüber geklagt worden sei, dass die Aufgaben zu schwierig gewesen seien, werde ihr jetzt rückgemeldet, dass es Probleme bereite, während des Abiturs die Wahlaufgaben zunächst noch heraussuchen zu müssen. Dieser Druck könnte herausgenommen werden, indem die Art der Aufgaben, die in der Prüfung relevant sein könnten, bereits im Unterricht herausgesucht würden oder zusätzliche Zeit gegeben werde. Ihres Erachtens sei es wichtig, das Ganze differenziert in den Blick zu nehmen und die Betroffenen zu fragen.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport erläuterte, das Programm „Lernen mit Rückenwind“ könne auch in der Oberstufe zur Prüfungsvorbereitung genutzt werden.

Die Nichtbestehensquote beim Abitur von 3,6 % unterliege der normalen Schwankung. Vorletztes Jahr sei sie bei 3,1 % gelegen, dann bei 2,6 %. Das seien tatsächlich die normalen Schwankungswerte.

Mit der vorliegenden Mitteilung werde über das berichtet, was 2012 nachgefragt worden sei. Es sei damals die Intention gewesen, die Qualität der Schulabschlüsse an den Abschlussnoten festzumachen. Selbstverständlich würden aus den Ergebnissen langfristige, mittelfristige und kurzfristige Maßnahmen abgeleitet. Das IBBW nehme immer auch die Rückmeldungen zur Qualität der Aufgaben mit auf. Die Aufgaben würden von Lehrkräften erarbeitet. Beim Abitur würden die Aufgaben sogar nochmals vom IQB überprüft.

Die Rückmeldungen würden selbstverständlich aufgenommen. So werde die Bearbeitungszeit im Fach Mathematik nächstes Jahr 30 Minuten länger sein, weil rückgemeldet worden sei, dass diese zu kurz gewesen sei.

Den Lehrkräften sei bekannt, welche Aufgabentypen im Pool seien. Die Aufgaben seien ihnen selbstverständlich nicht bekannt, doch gebe es durchaus eine Übersicht über die Aufgabentypen.

Beispielsweise im Fach Chemie gingen die Aufgaben bis in die Klassenstufe 9 zurück. Dieses Jahr seien Aufgaben aus der neunten Klassenstufe drangekommen, die in der Coronazeit behandelt worden seien, was für manche Schülerinnen und Schüler eine Herausforderung gewesen sei. Die Rückmeldungen – auch die, die von Schülerseite kämen – würden aufgenommen.

In Bezug auf die Abiturprüfungen seien in den vergangenen Jahren in Bayern zu Englisch, in Hamburg zu Mathematik und dieses Jahr in Nordrhein-Westfalen zu Geografie Petitionen eingereicht worden. Auch das zeige die vorhandene Heterogenität. Trotzdem bedienen sich die Länder in den Kernfächern aus einem Pool.

Was die Änderungen betreffe, so würden die Prüfungsformate in Deutsch nochmals angepasst. Auch werde, wie sie gerade schon mitgeteilt habe, die Bearbeitungszeit im Fach Mathematik verlängert. Außerdem werde es bei den Aufgabenarten nochmals Änderungen geben.

In der KMK gebe es auch für die Sekundarstufe Vorschläge für Aufgaben. So werde versucht, für die Schülerinnen und Schüler eine stärkere Vergleichbarkeit herzustellen.

Gern könne die Thematik noch auf Grundlage eines Antrags vertieft werden. In der vorliegenden Mitteilung werde das berichtet, was dem Ministerium 2012 in einem Beschluss als Auftrag mitgegeben worden sei. So finde im Ausschuss die regelmäßige Berichterstattung statt. Wenn das Ganze vertieft werden solle, dann könne der Prüfauftrag selbstverständlich auch erweitert werden.

Der Abgeordnete der SPD-Fraktion fragte nochmals nach einer Erklärung für die 30 % höhere Nichtbestehensquote beim Abitur.

Die Staatssekretärin wies darauf hin, das liege in der Tat im normalen Schwankungsbereich. Einmal habe es mit einer Quote von 1,1 % einen positiven Ausreißer gegeben. Ansonsten liege die Quote jedoch irgendwo bei 2,5 bis 3,5 %.

Bei der Gemeinschaftsschule wäre die Nichtbestehensquote ähnlich wie im vergangenen Jahr gewesen, wenn es nicht den einen Ausreißer gegeben hätte. Die hohe Quote sei auf diese eine Schule zurückzuführen, mit der das Ministerium noch in Kontakt treten werde.

Die Quote von 10 % beim Hauptschulabschluss sei zwar sehr hoch, doch bewege auch sie sich im normalen Feld.

Der Abgeordnete der AfD-Fraktion machte darauf aufmerksam, die Staatssekretärin sei noch nicht auf seinen Einwand eingegangen, dass es keine Qualität gebe, dass die Aussagekraft der Zeugnisse in der Praxis nicht anerkannt werde und die Betriebe bei vielen jungen Menschen trotz guter Abschlussnoten keine Ausbildungsfähigkeit sähen. Überdies brauche es an den Universitäten erst einmal Vorkurse in Mathematik, um den Studenten quasi die Grundrechenarten beizubringen.

Die Staatssekretärin erläuterte, die Vorkurse in Mathematik gebe es schon seit vielen Jahren. Sie ermöglichten es beispielsweise jungen Menschen, die das Studium nicht direkt nach dem Abitur aufnahmen, Lücken zu schließen und einiges aufzuarbeiten. Darüber hinaus studierten in Baden-Württemberg auch junge Menschen aus Bundesländern, in denen im Gegensatz zu Baden-Württemberg Mathematik in der Abiturprüfung nicht verpflichtend sei. In den Naturwissenschaften trafen Studierende aufeinander, von denen einige Mathematik als Leistungsfach und andere als Basisfach gewählt gehabt hätten. Daher seien die Vorkurse wichtig.

Was die Qualität betreffe, so bekämen heute in Baden-Württemberg wie in anderen Bundesländern auch Jugendliche Ausbildungsverträge, die vor 20 Jahren überhaupt keine Chance auf einen Ausbildungsvertrag gehabt hätten. Mittlerweile sei die Fachkräftesituation dergestalt, dass mehr Jugendlichen der Weg einer Ausbildung offenstehe. Zur Unterstützung der Betriebe gebe es auch Programme wie die Assistierte Ausbildung oder AVdual.

Im Übrigen sei das Ministerium, wie sie vorhin schon ausgeführt habe, dabei, insbesondere die Basiskompetenzen nochmals zu stärken, und zwar von Beginn an, bei der Sprachförderung, bei den Vorläuferqualifikationen bis hin in den Sekundarstufen I und am Gymnasium. Das Ministerium sehe die Aufgabe durchaus und gehe sie auch an.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport dem Plenum, die Mitteilung Drucksache 17/7447 zur Kenntnis zu nehmen.

23.10.2024

Dr. Fulst-Blei